

Jahreswirtschaftsbericht Myanmar 2009

TEIL I WIRTSCHAFTSSTRUKTUR UND WIRTSCHAFTSLAGE

I.1. Kurzcharakterisierung der Wirtschaft Myanmars

Myanmar ist ein ressourcenreiches Land, mit ca. 55 Millionen Einwohnern auf einer Fläche so groß wie Frankreich und Großbritannien zusammen, an der Schnittstelle zwischen China, Indien und Südostasien. Es verfügt über große Erdgasvorräte, Hölzer, Kupfer, Edelsteine und andere Rohstoffe sowie über Wasserkraftreserven und umfangreiche landwirtschaftliche Nutzflächen. Nach fast einem halben Jahrhundert Militärdiktatur hat das in den fünfziger Jahren wirtschaftlich viel versprechende Land heute nur mehr den Status eines Least Developed Country.

Die verfehlte Wirtschaftspolitik der sich als „Staatsrat für Frieden und Entwicklung“ (SPDC) bezeichnenden Militärjunta hat dafür gesorgt, dass Myanmar in den letzten Jahren auch im regionalen asiatischen Vergleich immer weiter zurückfällt. Myanmar war in den letzten Jahren Schlusslicht der ASEAN-Staaten bei den realen Wirtschaftswachstumsraten. 2009 hat sich dieser Trend allerdings nicht fortgesetzt: Myanmar profitierte von seiner relativ geringen aussenwirtschaftlichen Verflechtung und wurde so von der globalen Wirtschaftskrise weit weniger betroffen als andere vergleichbare Länder der Region. Mit Devisenreserven von ca. 4 Mrd. US-Dollar, entsprechend dem Wert von neun Monaten Importen und regelmäßigen Handelsbilanzüberschüssen ist Myanmar zudem aussenwirtschaftlich in einer relativ komfortablen Situation (s.u.).

2010 sind in Myanmar, erstmals seit 20 Jahren, wieder Parlamentswahlen vorgesehen. Im Vorfeld der Wahlen ist die Unsicherheit über den künftigen politischen Kurs hoch. Bislang sind weder das Wahldatum noch die erforderlichen Wahl- und Parteiengesetze bekanntgegeben worden. Falls es zu einigermaßen freien und fairen Wahlen kommt und die neue Regierung einen liberaleren Kurs in der Wirtschaftspolitik verfolgt, so könnte das Land einen Wirtschaftsaufschwung erleben. Über die Jahre hat sich ein gewaltiger Investitionsbedarf gebildet, etwa in vielen Teilen der veralteten Infrastruktur des Landes.

Zu den wirtschaftlichen Hauptproblemen des Landes gehören staatlicher Interventionismus, ein multiples Wechselkurssystem mit extrem überbewerteten offiziellen Wechselkursen, verbreitete Korruption, ein schwaches Bankenwesen, Zentralismus und bürokratische Hemmnisse für private Investoren. Hinzu kommt, dass das Land aufgrund seiner Defizite im Bereich der Menschenrechte von Wirtschaftssanktionen der USA, EU und anderer westlicher Staaten und Konsumentenboykottkampagnen betroffen ist. Die EU hat im Rahmen ihres Gemeinsamen Standpunkts zu Myanmar eine Reihe von gezielten Wirtschaftssanktionen gegen die Militärregierung in Kraft gesetzt und 2009 zuletzt verschärft.

Die Sozialindikatoren Myanmars sind größtenteils ungünstig. Etwa ein Drittel der Bevölkerung lebt unter der absoluten Armutsgrenze (UNDP). Laut UNICEF leiden etwa 35 Prozent der Kinder an chronischer Unter- oder Mangelernährung. Besonders gravierend ist die Armut in den schwer zugänglichen Siedlungsgebieten der ethnischen Minderheiten in den Grenzregionen Myanmars sowie in der zentralen Trockenzone, wo landwirtschaftliche Nutzung nur sehr eingeschränkt möglich ist. Der Anteil des BIP, den der Staat für Bildung und Gesundheit aufwendet, gehört zu den niedrigsten der Welt (nur 0,8 Prozent für 2009/10 nach Schätzung des IWF). Die schlechte sozioökonomische Situation hat dazu geführt, dass viele Myanmer ihr Heil im Ausland suchen. Mittlerweile vermitteln eine Vielzahl von Agenturen myanmarische Arbeitskräfte vor allem in andere südostasiatische Länder, insbes. Thailand, Malaysia Singapur, sowie in den Nahen Osten. Neben der oft illegalen Migration von niedrig qualifizierten Arbeitskräften (allein in Thailand sollen rund 2 Millionen Myanmer leben) verlassen auch zahlreiche qualifizierte Personen das Land, um in Staaten mit relativ liberaler Visapraxis, etwa Singapur, zu arbeiten. Dieser „brain drain“ dürfte sich langfristig sehr negativ auf Myanmar auswirken.

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Situation Myanmars ist zu beachten, dass es kaum verlässliche nationale Statistiken gibt und auch internationale Organisationen wie IWF, Weltbank, UNDP, ADB u. a. deshalb nur grobe und teils von einander abweichende Schätzungen abgeben. Ein großes Problem der vorhandenen nationalen Statistiken ist zum einen, dass die Angaben oft in nationaler Währung erfolgen. Eine Umrechnung ist schwierig, da die offiziellen Wechselkurse völlig überbewertet sind. Der die realen Verhältnisse realistischer abbildende Schwarzmarktkurs ist jedoch auch problematisch, u.a. wegen der schwachen Datenbasis und z.T. starker Fluktuationen. Hinzu kommt, dass sich manche der öffentlich zugänglichen Daten auf das Kalenderjahr, andere auf das myanmarische Haushaltsjahr (April bis März des Folgejahres) beziehen und Statistiken deshalb oft nur bedingt vergleichbar sind. Auch ist die Höhe des Bruttoinlandsprodukts in einem Land, in dem ein großer Teil der Wirtschaftsleistung durch den informellen Sektor erbracht wird, nur schwer zu schätzen.

I.2. Aktuelle Wirtschaftsentwicklung und konjunkturelle Lage

Die derzeitige globale Weltwirtschaftskrise wirkt sich auch auf Myanmar aus. Aufgrund der relativ niedrigen Außenwirtschaftsverflechtung ist Myanmar jedoch insgesamt weniger stark betroffen als andere Länder der Region, z.B. Thailand. Die Anfang 2009 stark gesunkenen Erdgaspreise und auch die Agrarausfuhren haben sich inzwischen wieder stabilisiert. Der IWF erwartet für 2009 insgesamt eine moderate Erholung (4,8 Prozent reales Wirtschaftswachstum für das Fiskaljahr 2009/10 gegenüber 3,6 Prozent 2008/09). Demgegenüber stehen geschätzte offizielle reale Wachstumsraten von 12 Prozent für 2009/10 bzw. 10 Prozent für 2008/09, die jedoch von unabhängigen Beobachtern als unseriös erachtet werden.

Das BIP pro Kopf p.a. in US-Dollar ist schwer zu schätzen. Nach Kaufkraftparitäten (EIU-Schätzung) betrug es 2009 431,- US-Dollar, für 2010 wird eine leichte Abnahme auf 421,- US-Dollar erwartet. Das Pro-Kopf-BIP (sowohl der absolute Wert als auch die Wachstumsrate) Myanmars war in den letzten Jahren konstant an letzter Stelle im ASEAN-Verbund, noch deutlich unter dem von Laos und Kambodscha. Arbeitslosenzahlen werden in Myanmar nicht veröffentlicht. Der Anteil der Unterbeschäftigten wird jedoch von unabhängigen Beobachtern bei etwa ein Drittel der Gesamtbeschäftigten vermutet. Ein großer Teil von ihnen arbeitet im informellen Sektor. Auch das Tagelöhnerum ist weit verbreitet.

Durchschnittliche myanmarische Familien geben ca. 70 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus, ein Wert der über den entsprechenden Anteilen in vergleichbar armen Ländern wie Bangladesch (52 Prozent), Kambodscha (57 Prozent) und Laos (61 Prozent) liegt. Für Bildungs- und Gesundheitsausgaben bleibt wenig übrig. Das Wohlstandsgefälle zwischen der kleinen Oberschicht und dem Rest der Gesellschaft ist groß und tendenziell steigend. Im Gegensatz zu anderen ASEAN-Ländern ist die Mittelschicht recht klein und schrumpft tendenziell.

Aufgrund der globalen Wirtschaftskrise, aber auch durch wirtschaftspolitische Verbesserungen hat sich die Inflationsrate, jahrelang die höchste in Asien, drastisch verringert. Nach Schätzung des IWF betrug sie Mitte 2008 noch 29 Prozent p.a., Mitte 2009 dagegen nur noch 3 Prozent. Ein Grund neben dem krisenbedingten Rückgang der Energie- und Nahrungsmittelpreise ist die von der Zentralbank begonnene Nutzung von Schatztiteln, um ca. ein Drittel des Budgetdefizits zu finanzieren. Der Schwarzmarktkurs der Währung (Kyat) wertete sich entsprechend im Jahresverlauf

2009 deutlich auf. Er beträgt aktuell ca. 1000 Kyat zum US-Dollar. 2010/11 wird jedoch wieder mit steigender Inflation gerechnet (EIU).

I.3. Rahmenbedingungen der Wirtschaft

Nach wie vor ist die myanmarische Wirtschaft überwiegend agrarisch geprägt. Fast zwei Drittel aller Beschäftigten sind in der Landwirtschaft tätig. Subsistenzwirtschaft, Mangel an Düngemitteln, Maschinen und Bewässerungsanlagen, das Fehlen von Krediten, vom Staat administrierte, teilweise unter dem Marktpreis gehaltene Verkaufspreise für Agrarprodukte sowie administrative Hürden bei der Vermarktung führen zu niedriger Produktivität. Dennoch liegt der Anteil des primären Sektors am BIP bei ca. 40 Prozent und etwa zwei Drittel der Beschäftigten arbeiten dort. Demgegenüber trägt die verarbeitende Industrie, im Wesentlichen Textilproduktion, lediglich ca. 14 Prozent zum BIP bei; der Bergbau und Energiesektor ca. 6 Prozent. Auf Handel und Dienstleistungen entfallen ca. 37 Prozent des BIP. Auffällig ist die geringe Veränderung dieser Verhältnisse über die Jahrzehnte. So liegen die Anteile von Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen am BIP 1970 bei jeweils 50 Prozent, 12 Prozent und 38 Prozent. Über die Jahrzehnte hat es also bisher kaum einen Strukturwandel gegeben.

Trotz Privatisierung einer Reihe von ehemaligen Staatsfirmen ist der Einfluss von Staat und Militär auf das Wirtschaftsleben auch weiterhin bestimmd. Die Militärregierung steuert Handel und Investitionen über Institutionen wie die Trade Commission und die Myanmar Investment Commission (MIC) sowie über ein System von Lizenzvergaben. Lukrative Geschäftsbereiche sind meist staatlich dominiert. So kontrolliert die Militärführung über zwei nominell privatrechtliche, de facto aber militärisch kontrollierte Konglomerate (Myanmar Economic Commission und Union of Myanmar Economic Holdings Ltd.) u.a. Banken, Bergbauunternehmen, die Stahlproduktion und den Handel mit Edelsteinen. Hinzu kommen die den einzelnen Ministerien unterstehenden Staatsfirmen in den Bereichen Agrarwirtschaft, Post und Telekommunikation, Holzwirtschaft, Öl- und Gasförderung, Elektrizitätsgewinnung etc. Die meisten dieser Staatsfirmen arbeiten defizitär und belasten damit den öffentlichen Haushalt. Eine besondere Rolle spielt die zum Energieministerium gehörende „Myanmar Oil and Gas Enterprise“, die mit ausländischen Energieunternehmen (darunter auch die US-Firma Chevron und die französische Total) Joint Ventures betreibt und über die Gasexporte nach Thailand fast 40 Prozent aller Exporteinnahmen erwirtschaftet.

Das Wirtschaftsklima Myanmars ist neben der Unsicherheit über die künftige politische Entwicklung im Vorfeld der Wahlen 2010 auch belastet durch die

schlechten Investitionsrahmenbedingungen sowie strukturelle und wirtschaftspolitische Verzerrungen, wie z. B. hohe Haushaltsdefizite und ein verzerrtes Wechselkurssystem. Rechtssicherheit und Transparenz der wirtschaftspolitischen Entscheidungen sind in Myanmar derzeit de facto nicht vorhanden. Die Bürokratie arbeitet ineffizient, langsam und gilt zudem als hochgradig korrupt. Im „Index of Economic Freedom 2009“ der Heritage Foundation wird Myanmar an fünftletzter Stelle vor Eritrea, Kuba, Simbabwe und Nordkorea geführt. Myanmar hielt laut Transparency International (Jahresbericht 2009) noch hinter Somalia und Afghanistan den drittletzten Platz in der weltweiten Tabelle der Korruptionsfreiheit.

Unberechenbare Entscheidungen und abrupte Kurswechsel kennzeichnen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Private Unternehmer sind in Myanmar gezwungen, sich gut mit den Militärs zu stellen, um ihre Existenz nicht zu gefährden und können selbst dann nie sicher sein, dass sie nicht z.B. durch ein militärinternes Revirement von heute auf morgen die Gunst ihrer Gönner wieder verlieren. Der Militärführung nahe stehende Privatunternehmer („Cronies“) besetzen in lukrativen Geschäftsfeldern oft monopolartige Positionen und zahlen im Gegenzug „Tantiemen“ an führende Juntamitglieder oder werden als Ausgleich zu unprofitablen Infrastrukturaufträgen (z.B. Bauaufträge am neuen Regierungssitz Naypyidaw) herangezogen. Wegen veralteter Maschinen und mangelnder Elektrizitätsversorgung in der Industrie, fehlender Düngemittel und Bewässerungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft sowie Kapitalmangel und niedrigem allgemeinem Ausbildungsstand ist die Produktivität der myanmarischen Wirtschaft insgesamt niedrig.

I.4. Außenwirtschaftliche Einbindung

Myanmar ist Mitgliedstaat der Welthandelsorganisation (das frühere Birma war Gründungsmitglied des GATT) sowie regionaler Zusammenschlüsse wie ASEAN, BIMSTEC (Bangladesch, Bhutan, Indien, Myanmar, Nepal, Sri Lanka, Thailand) und dem Kooperationsprojekt der „Greater Mekong Subregion“. Der Außenhandel des Landes hat in den letzten Jahren als Devisenbringer und Wachstumsmotor an Bedeutung gewonnen. Allerdings exportiert Myanmar bisher kaum verarbeitete Waren, sondern fast ausschließlich Rohstoffe. Mehr als 70 Prozent der myanmarischen Exporte gehen in die asiatische Region und etwa 90 Prozent der Importe kommen von dort. Der wichtigste Handelspartner Myanmars ist im Export mit weitem Abstand Thailand (größter Erdgasabnehmer), dahinter Indien und China und Japan. Beim Import liegt China deutlich vorn, gefolgt von Thailand, Singapur und Malaysia. Dagegen beträgt der Außenhandelsanteil der EU nur ca. 4 Prozent.

In den letzten Jahren wies Myanmar dank stetig steigender Einnahmen aus dem Gaselexport steigende Handelsbilanzüberschüsse auf. EIU erwartet für 2009 allerdings aufgrund der Weltwirtschaftskrise einen ca. 13-prozentigen Rückgang des

Überschusses auf 2,9 Mrd US-Dollar, der jedoch schon 2010 wieder ausgeglichen werden dürfte. Hauptimportgüter sind Kraftstoffe und Maschinen, daneben Stoffe für die Textilwirtschaft, Stahl, Konsumgüter und Pharmazeutika. Exportiert werden neben Erdgas hauptsächlich Agrarprodukte (insb. Bohnen und Hülsenfrüchte und Reis), Hölzer, Edelsteine, Bekleidung und Fischereiprodukte. Dagegen ist die Dienstleistungsbilanz chronisch defizitär. Der Tourismus hat noch viel Potential. 2009 stieg die Anzahl der Besucher um 25 Prozent nach zwei sehr schwachen Jahren. Inzwischen kommen zwei Drittel aller der ca. 227,400 Besucher aus Asien. Der Anteil europäischer Besucher sank in den letzten Jahren und beträgt derzeit nur noch knapp 20 Prozent. Die größte Gruppe aus Europa stellen Touristen aus Frankreich dar (10.225), während Deutschland mit 8788 Besuchern an zweiter Stelle liegt.

Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach Myanmar hat sich im Fiskaljahr 2008/09 laut Regierungsstatistiken im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mit fast 1 Mrd. US-Dollar fast versechsfacht. Der Löwenanteil dieser Summe (855 Mio US-Dollar) wurde von chinesischen Firmen im Bergbausektor getätig (Förderung von Edelsteinen, Gold und Nickel). Daneben haben Russland und Vietnam insgesamt 114 Mio. US-Dollar im Öl- und Gassektor neu investiert. Außerhalb des Bergbaus und Energiesektors finden schon seit Jahren praktisch keine ausländischen Investitionen statt. Die Erschließung der neuen Offshore-Gasfelder im Golf von Bengalen (s.u.) sowie Neuinvestitionen im Infrastruktur- und Wasserkraftbereich dürften in den nächsten Jahren zu weiteren substantiellen Auslandsinvestitionen führen.

I.5. Der Energiesektor als Export- und Wachstumsmotor

Die reichen Erdgasvorkommen werden in Myanmar auf Jahre hinaus die wichtigste Quelle von Wirtschaftswachstum bleiben. Die geförderten Mengen steigen Jahr für Jahr. Die derzeitige jährliche Gasproduktion von ca. 1,215 Mrd. Kubikfuss Gas soll bis 2015 auf 2,235 Mrd. Kubikfuss gesteigert und damit fast verdoppelt werden. Die Ölförderung ist dagegen mit nur ca. 7,6 Millionen Barrel Öl pro Jahr vernachlässigenswert. Die produzierte Menge reicht nicht einmal aus, um die Kapazität der Raffinerien in Myanmar auszulasten. Deshalb muss ca. 90 Prozent des Bedarfs an Rohöl und Raffinerieprodukten importiert werden (hauptsächlich aus Malaysia und Indonesien; ca. 25 Prozent des Werts aller Importe).

In den nächsten Jahren sollen außer den Vorkommen im Golf von Mataban, die praktisch gänzlich nach Thailand geliefert werden, auch die Bestände im Golf von Bengalen erschlossen werden. Dieses Offshore-Feld, als „Shwe-Feld“ bekannt (wichtigste Blöcke: A1 und A3), enthält geschätzte 4,8 – 8,6 Trillionen Kubikfuss förderbares Gas und ist damit das größte bekannte Gasfeld in Südostasien. Ab 2014, wenn die Gasproduktion dort aufgenommen worden ist, rechnet der IWF aufgrund der

dann stark steigenden Exporterlöse mit einem Wachstumsschub für Myanmar. Insgesamt hat Myanmar mit 21,2 Trillionen Kubikfuss die größten bestätigten Gasreserven in Südostasien. Operator des Shwe-Felds ist der südkoreanische Konzern Daewoo. China (China National Petroleum Corp. - CNPC) dürfte die gesamte dortige Gasproduktion abnehmen. Der Transport soll per Gaspipeline nach Südwestchina (Kunming, Yunnan-Provinz) erfolgen, mit deren Bau bereits begonnen wurde. Durch eine parallele Ölpipeline und einen neuen, noch zu erstellenden Tiefseehafen kann China die Meerenge von Malakka vermeiden und die Wirtschaftsregionen in Südwestchina direkt versorgen. Die Arbeit an der 771 km langen Pipeline, ein Projekt im Wert von 1,2 Mrd. soll bis Ende 2011 abgeschlossen sein. Mehrheitseigner und Projektmanager ist CNPC (50,9 Prozent). Der Rest der Anteile gehört der Staatsholding Myanmar Oil and Gas Enterprise.

Auch die Energieerzeugung wird trotz der Versorgungsengpässe im Land in großen Teilen dem Export gewidmet. Stromexporte, v.a. nach China und Thailand, mittels Wasserkraftwerken, die größtenteils in Gemeinschaft mit Investoren errichtet werden, dürften in den nächsten Jahren stark zunehmen. Derzeit gibt es allein mit China 11 größere Wasserkraftvorhaben mit einer Stromkapazität von 1734 MW. 7 weitere Projekte sind in Vorbereitung. Das größte, der Yewa-Staudamm, wird eine Stromkapazität von 790 MW haben und 700 Mio. US-Dollar kosten. Die Fertigstellung ist für Ende 2010 vorgesehen.

I.6. Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland

Die Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland leiden unter den ungünstigen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen. Der deutsche Investitionsbestand in Myanmar liegt im einstelligen US-Dollar-Millionenbereich (genaue Zahlen sind nicht erhältlich). Nennenswerte Neuinvestitionen wurden in den letzten Jahren nicht getätigt. Angesichts der Sanktionen stehen Hermes-Bürgschaften und WZ-Mittel für Myanmar nicht zur Verfügung. Deutschland, einstmals nach Japan zweitgrößter bilateraler Geber von Entwicklungshilfe, stellte 1988 nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung die Zusammenarbeit mit Myanmar ein. Zwischen Deutschland und Myanmar gibt es zudem keinen Investitionsschutzvertrag und kein Doppelbesteuerungsabkommen. Der in Hamburg ansässige Ostasiatische Verein (OAV) unterhält weiterhin ein Repräsentanzbüro in Rangun, um interessierte deutsche Unternehmen zu unterstützen und unternimmt regelmäßig, zuletzt im Oktober 2008, Unternehmerdelegationsreisen ins Land.

Der deutsche Außenhandel mit Myanmar bewegt sich seit Jahren auf sehr niedrigem Niveau. In einzelnen Bereichen gibt es trotzdem immer wieder

Geschäftsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen. Dabei handelt es sich z. B. um Bestellungen von Maschinen durch myanmarische Staatsunternehmen und um Aufträge im Energiesektor (vor allem Wasserkraft). 2009 gingen, wie im Vorjahr, deutsche Exporte im Wert von rund 38 Mio Euro nach Myanmar. Der Wert der deutschen Importe aus Myanmar belief sich auf rund 59 Mio Euro (minus 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum). Trotz dieser niedrigen Zahlen ist Deutschland nach myanmarischen Angaben einer der wichtigsten Handelspartner aus Europa. Für Deutschland spielt Myanmar dagegen als Handelspartner nur eine untergeordnete Rolle (2008 Länderrang 137, gemessen am Außenhandelsumsatz; für 2009 ist keine wesentliche Änderung zu erwarten). Deutschland importiert aus Myanmar vor allem Bekleidung, daneben auch in wesentlich geringerem Umfang forst- und landwirtschaftliche Erzeugnisse und Holzwaren, während Myanmar im Wesentlichen Maschinen, chemische Produkte und Textilien/Lederwaren bezieht. Im Dienstleistungsbereich ist der Tourismus von Bedeutung (s.o.). Die Branche konnte sich 2009 erstmals wieder von den scharfen Buchungseinbrüchen in der Folge der Herbstunruhen 2007 und von Zyklon Nargis im Mai 2008 erholen, obwohl die Gesamtzahl der Besucher, auch aus Deutschland, noch immer weit unter der des ersten Halbjahrs 2007, der letzten guten Saison, liegt.

TEIL II WIRTSCHAFTSPOLITIK

II.1. Fiskal- und Geldpolitik, Finanzsektor

Die myanmarische Regierung hat bisher keine kohärente Fiskal- oder Geldpolitik. Chronische Haushaltsdefizite gehören seit langem zu den Strukturproblemen des Landes. Allerdings sind sie nicht besonders hoch für ein Entwicklungsland wie Myanmar. Das Fiskaldefizit für das Haushalt Jahr 2009/10 beträgt laut IWF geschätzte 3,6 Prozent des BIP. Vor allem die hohen Ausgaben für die Streitkräfte, welche die Ausgaben für den Sozialbereich deutlich übersteigen, belasten den Haushalt. Daneben belasten den Haushalt auch die Ausgaben für den inzwischen allerdings schon weit fortgeschrittenen Ausbau der neuen Hauptstadt Naypidaw. Die Regierung finanziert ihre Haushaltsdefizite im Wesentlichen durch die Zentralbank, obwohl laut IWF 2009 die Finanzierung durch kurzfristige Staatstitel, die von Banken, aber auch Privatpersonen gekauft werden, zugenommen hat. Die internationalen Finanzinstitutionen vergeben seit 1988 keine Kredite mehr an Myanmar (s.u.).

Die Zentralbank untersteht dem Finanzministerium und ist daher nicht unabhängig. Der Leitzins liegt seit April 2006 unverändert bei 12 Prozent und ist damit derzeit angesichts der stark gesunkenen Inflationsrate weit im positiven Realzinsbereich. Der Finanzsektor ist nur schwach entwickelt. Es gibt 5 staatliche Banken und eine Reihe von privaten Instituten. Der mit Abstand größte Kreditnehmer in Myanmar ist der

Staat. Langfristige Kredite für industrielle Entwicklung und auch Kleinkredite für die Landwirtschaft sind kaum erhältlich. Die Regierung beschränkt den Zugriff auf Bankeinlagen und verlangt von den Privatbanken hohe Einlagensicherungen.

Auch die US-amerikanischen Finanzsanktionen stellen die myanmarische Wirtschaft vor Probleme. Selbst viele Banken aus Drittstaaten haben ihre Geschäftsbeziehungen mit Myanmar eingestellt, um ihr Amerikageschäft nicht zu gefährden. In Myanmar tätige Unternehmen sind aus diesem Grund dazu übergegangen, ihre Import- und Exportgeschäfte wenn möglich in Euro anstatt in US-Dollar abzuwickeln oder aber auf Drittstaaten (v.a. Singapur) zur Abwicklung der Zahlungen auszuweichen.

II.2. Strukturpolitik

Die Regierung misst Infrastrukturprojekten einen hohen Stellenwert für die Entwicklung des Landes bei. Kaum ein Tag vergeht, ohne dass die Staatspresse Repräsentanten der Militärregierung bei der Einweihung von Straßen, Brücken oder Staudämmen zeigt. Myanmar will künftig vor allem in die Nutzbarmachung der Wasserkraft noch stärker investieren, um seine Energieengpässe in den Griff zu bekommen und überschüssige Elektrizität ins benachbarte Ausland zu exportieren (s.o.). Die Weltbank schätzt das gesamte Wasserkraftpotenzial des Landes auf 108.000 Megawatt.

In der Strukturpolitik besteht bei der Regierung ein Hang, die Wirtschaft vor allem mit prestigeträchtigen Großprojekten steuern zu wollen und darüber die schlechten Rahmenbedingungen für kleinere und mittlere Unternehmen und für die vielen landwirtschaftlichen Familienbetriebe zu vergessen. Zum Beispiel musste auf Geheiß der Regierung seit 2005 die Purgiernuss (*Jatropha curcas* – „physic nut“) großflächig im ganzen Land angebaut werden. Die damalige Hoffnung der Regierenden, mittels hausgemachtem Biodiesel unabhängig von Ölimporten zu werden, hat sich jedoch inzwischen als Fehlplanung herausgestellt, auch weil die dafür nötige Technologie zur Filterung und Verarbeitung des gewonnenen Öls bisher noch kaum im Land verfügbar ist. Trotz aller Kraftanstrengungen bleibt die allgemeine Infrastruktur (Telekommunikation, Energieversorgung, Verkehrsverbindungen) insbesondere außerhalb der großen Städte unterentwickelt und damit ein großes Investitionshindernis. Selbst in Rangun kommt es in den meisten Stadtvierteln noch immer zu stundenlangen täglichen Stromausfällen, so dass sich die Industrie, touristische Einrichtungen und Haushalte mit Dieselgeneratoren behelfen müssen.

In der Landwirtschaft, die zu etwa einem Viertel zu den Exporterlösen beiträgt, wird der Akzent bislang vor allem auf die Ausdehnung der Nutzflächen und die Durchführung von Großprojekten wie z.B. Gummiplantagen gesetzt. Nötig wäre stattdessen eine Verbesserung der Produktivität durch eine Landreform, die

Gewährung von Kleinkrediten an Bauern, die Verbesserung des Saatguts, den Einsatz von Düngemitteln, Bewässerungsanlagen und landwirtschaftlichen Maschinen sowie die Aufhebung von Vermarktungs- und Handelsrestriktionen. Im industriellen Sektor, auf den nur etwa ein Sechstel des BIP entfällt, könnte Myanmar versuchen, mit der Entwicklung arbeitsintensiver Industrien für den Export den wirtschaftlichen Anschluss zu schaffen. Komparative Vorteile dürften vor allem in arbeitsintensiven Branchen wie der Textil- und Bekleidungsindustrie bestehen. Auch der Tourismus hat noch viel ungenutztes Potential, sowohl als Exportfaktor als auch als beschäftigungsintensiver Wirtschaftszweig.

II.3. Verschuldungs- und Wechselkurspolitik; Beziehungen zu IWF und Weltbank

Die Auslandsschuld Myanmars ist nicht besonders hoch. 2009 betrug sie ca. 7,6 Mrd. US-Dollar (EIU-Schätzung; entsprechend etwa 28 Prozent des BIP). Möglicherweise sind die Zahlen jedoch zu niedrig, da „soft loans“ von China und Thailand für Infrastrukturprojekte und Militärimporte nicht erfasst werden. Etwa die Hälfte ist im Verzug. Etwa drei Viertel der Schuld entfällt auf bilaterale Kreditgeber, der Rest auf multilaterale und private Kreditgeber. ADB- und Weltbankkredite werden seit 1998 nicht bedient. Der Zugang Myanmars zu internationalen Kapitalmärkten ist u.a. als Ergebnis der US-Sanktionen beschränkt. Das Land erhält zurzeit auch keine Unterstützung von den Internationalen Finanzinstitutionen und keine nennenswerte Entwicklungshilfe. Die internationalen Geber haben ihre EZ-Programme aufgrund der innenpolitischen und menschenrechtlichen Situation suspendiert und gewähren im wesentlichen nur humanitäre Unterstützung.

Die myanmarische Währung Kyat ist nicht konvertibel. Kyat und die von der Regierung als US-Dollar-Äquivalent eingeführte Kunstwährung FEC (Foreign Exchange Certificates) dürfen nicht aus Myanmar ausgeführt werden. Die Regierung kontrolliert den gesamten Kapitalverkehr mit dem Ausland. Der offizielle Wechselkurs des Kyat von 1 US-Dollar zu ca. 6 Kyat ist technisch an die Sonderziehungsrechte beim IWF gekoppelt und wird von Staatsfirmen für Buchungszwecke verwendet. Daneben gibt es noch mindestens 7 weitere staatlich fixierte Wechselkurse, so etwa einen eigenen Wechselkurs für Zollgebühren. Relevanter für das Wirtschaftsleben ist der Schwarzmarktkurs von derzeit etwa 1:1,000, der bei den meisten Handelsgeschäften benutzt wird und erheblichen Fluktuationen unterliegt. Das allgemeine Vertrauen in den Wert und die Stabilität des Kyat ist gering, so dass sich der US-Dollar als Parallelwährung fest etabliert hat.

Das multiple Wechselkurssystem verzerrt die wirtschaftlichen Transaktionen, schwächt die Steuereinkünfte und Devisenreserven des Staates und lädt zur Korruption ein. Die Zuteilung etwa von Möglichkeiten zum Bezug von US-Dollar zum offiziellen Wechselkurs kommt de facto einem (heimlichen) Einkommenstransfer gleich. Werden

ausländische Firmen dagegen zu Transaktionen zu künstlich teuren Kyat-Kursen gezwungen, so entspricht dies einer zusätzlichen Besteuerung. Der IWF fordert daher seit langem eine graduelle Freigabe und gleichzeitige Vereinheitlichung des Wechselkurssystems.

Myanmar ist seit 1952 Mitglied des IWF und der Weltbank, die ihre finanzielle Unterstützung für das Land jedoch suspendiert haben. Die Weltbank hat seit 1987 keine neuen Kredite für das Land bewilligt, da es seine Schulden nicht bedient. IWF und Weltbank führen jedoch regelmäßige Konsultationen mit der myanmarischen Regierung durch, um die wirtschaftliche Situation des Landes zu analysieren und Empfehlungen abzugeben. Die letzten Art. IV-Konsultationen des IWF mit der myanmarischen Regierung fanden im Dezember 2009 statt.

II.4. Zusammenfassende Bewertung, Perspektiven

Die wirtschaftlichen Aussichten Myanmars bleiben bis auf weiteres verhalten. Zwar dürften insbesondere steigende Erlöse aus der Erdgasförderung insbesondere ab 2014 für Handelsbilanzüberschüsse, ausreichende Devisenreserven und auch solide Wachstumsraten sorgen. Außerhalb des Erdgassektors gibt es indes nur wenige Exportgüter, i.w. Hölzer, Edelsteine und andere Rohstoffe sowie Agrarprodukte und Textilien. Die Nutzbarmachung von Ressourcen wie zum Beispiel der großen Wasserkraftreserven und der Aufbau der physischen Infrastruktur werden ebenfalls Wachstumsimpulse geben, ohne jedoch eine nachhaltige Entwicklung in Gang zu setzen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Sanktionen dürften wegen der relativ geringen Bedeutung der USA und der EU für den Außenhandel Myanmars und der hohen FDI anderer Staaten (China, ASEAN, Indien, Rußland) wie bisher gering ausfallen.

Für eine langfristige Entwicklungsperspektive wäre es entscheidend, dass Myanmar weitaus mehr als bisher in die Ausbildung seiner Menschen investiert. Zudem müssten geeignete institutionelle Mechanismen und rechtliche und administrative Rahmenbedingungen zur Förderung der wirtschaftlichen Aktivität und für eine effektive makroökonomische Steuerung geschaffen werden, um Vertrauen bei potentiellen Investoren zu schaffen, insbesondere was die Rechtssicherheit ihres Eigentums und ihrer Investitionen anbelangt. Weitere Herausforderungen für die Regierung sind die Konsolidierung des Staatshaushalts, die Bekämpfung der Inflation und die Vereinheitlichung der verschiedenen Wechselkurse.

Die Unsicherheiten in der weiteren politischen Entwicklung im Umfeld der für 2010 geplanten Wahlen dürften zumindest dieses Jahr die Investitionsneigung und damit die Wirtschaftsentwicklung bremsen. Sollte es jedoch im Rahmen eines durch die neue Regierung eingeleiteten Politikwechsels auch zu Wirtschaftsreformen und einer

Öffnung des Landes kommen, so könnten diese einen Investitionsschub auslösen. Der IWF geht davon aus, dass allein mit einer Liberalisierung des Handels- und Wechselkursregimes mittelfristig reale Wachstumsraten von 8,5 Prozent p.a. möglich wären, d.h. fast eine Verdoppelung des derzeitigen Wachstums.